



# AMTSBLATT

des

k. und k. Kreiskommandos in Wierzbnik.

4. Jahrgang.

IV. Stück.—Ausgegeben und versendet am 10. April 1918.

**Inhalt:** 26. Spenden für wohltätige Zwecke. 27. Verordnung des k. u. k. Militär.- General- Gouvernements vom 5. März 1918. Oe. S. E. V. Z. Nr. 74/18. betreffend die Neuregelung des Verkehres von Hülsenfrüchten, Hirse, Buchweizen und Sämereien. 28. Kundmachung betreffend den Kartoffelverkehr. 29. Verordnung vom 8. Februar 1918. betreffend die Einschränkung des Fleischgebrauches. 30. Verordnung vom 25. Februar 1918. betreffend die Regelung des Verbrauches von Kohle, Koks und Briquettes. 31. Verordnung vom 25. Februar 1918. betreffend die Sparmassnahmen bei Beheizung und Beleuchtung. 32. Manipulation in den Finanzreferaten für direkte Besteuerung. 33. Vorlage der Rechnungsabschlüsse und Bilanzen pro Jahr 1917. durch die zur öffentl. Rechnungslegung Verpflichteten Unternehmungen. 34. Kundmachung betreffend Knochen- und Abfallfett-Ausgrabungen. 35. Kriegskontribution. 36. Kundmachung betreffend Umrechnungskurs des Romanowrubels. 37. Kundmachung betreffend Änderungen des Rubelkurses. 38. Kundmachung über die vom k. u. k. Kreiskommando für den Bereich des Kreises Wierzbnik ab 1. April 1918. festgesetzten Richt-Höchstpreise. 39. Kundmachung betreffend Lokalgrenzverkehr. 40. Kundmachung betreffend Auflösung geheimer Gesellschaften, Vereine und Organisationen.

26.

## Spenden für wohltätige Zwecke.

Zur Unterstützung der Notleidenden im hiesigen Kreise sowie zur Hebung der allgemein nützlichen Wohlfahrtsinstitutionen, habe ich aus den Strafgeldern des Kreiskommandos gespendet:

1. Dem Kinderheime in Wierzbnik . . . 700 Kr.
2. Dem Kinderheime in Starachowice . . . 700 „

3. Der katholischen „Tania kuchnia“  
in Wierzbnik . . . 1200 „
4. Der katholischen „Tania kuchnia“  
in Ilza . . . 800 „
5. Der katholischen „Tania kuchnia“  
in Wąchock . . . 500 „
6. Der israelitischen Kultusgemeinde  
in Wierzbnik . . . 500 „
7. Der israelit. Kultusgemeinde in Ilza . . . 500 „



- |  |          |
|--|----------|
| 8. Der israelitischen Kultusgemeinde<br>in Wąchock . . . . .                                       | 500 Kr.  |
| 9. Dem allg. Krankenhause für die<br>dort. untergebrachten elternlosen<br>Kinder in Iłża . . . . . | 400 „    |
| 10. Einer schwer kranken Lehrerin . . . . .  | 200 „    |
| Zusammen . . . . .   | 6000 Kr. |

Die zuständigen Gemeindeämter haben die sub 1—9 genannten interessierten Institutionen darüber mit dem Eröffnen in Kenntniss zu setzen, dass sie das Geld in der Kreiskassa gegen eine Quittung beheben können.

## 27.

**Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouvernements vom 5. März 1918 Oe. S. E. V. Z. Nr. 74/18**  
**betreffend die Neuregelung des Verkehres von Hülsenfrüchten, Hirse, Buchweizen und Sämereien.**

Auf Grund des Befehles des A. O. K. vom 26 Feber 1918 MV. Nr. 30693 wird in teilweiser Abänderung der Vdg. vom 13. Juli 1917 WS. Nr. 77172 wie auch der Durchführungsbestimmungen zu dieser Vdg. vom 10 August 1917 WS. Nr. 79651, wie folgt verfügt:

### § 1.

Mit dem Einkauf und Verkauf der in § 1 der Vdg. vom 13 Juli 1917 WS. 77172 aufgezählten landwirtschaftlichen Produkte, und zwar:

a) Hirse, Buchweizen, Pferdebohnen, Erbsen, Peluschke, Wicke, Saubohnen, Fisolen, Linsen und Lupinen, werden die von der EVZ. (Aufbringungsgruppe) legitimierten Einkäufer,

b) Hackfrucht-, Futterpflanzen-, Klee-, Gras-, Gemüse-Sämereien aller Art wird das Landw. Syndikat in Lublin betraut.

Sämtliche Legitimationen, die bis jetzt zum Einkaufe obiger landwirtschaftlicher Produkte berechtigen, verlieren mit dem heutigen Tage ihre Gültigkeit und treten ausnahmslos ausser Kraft. Die Bestimmung des § 5 der Vdg. vom 13. Juli 1917, WS. 77172, wonach zur Uebernahme dieser Produkte die Poln. Landw. Zentrale berufen wurde und des § 1 der Vdg. vom 10 August 1917, WS. Nr. 79651, Inhalt dessen mit dem Einkauf und Ver-

kauf dieser Produkte die PLZ. in Lublin betraut war, werden ausser Kraft gesetzt.

### § 2.

Die von der Poln. Landw. Zentrale mit den Produzenten bereite abgeschlossenen Lieferungsverträge über einzelne Arten der in § 1 aufgezählten Landesprodukte werden von der EVZ. zur Durchführung übernommen. Den Produzenten steht jedoch unter keinen Umständen das Recht zu, einen höheren als den in der Durchführungsbestimmungsverordnung WS. 79651/17 festgesetzten Uebernahmspreis zu verlangen.

### § 3.

Die von der EVZ. und die vom Landw. Syndikat in Lublin legitimierten Einkäufer erhalten u. zw. die ersteren von der EVZ., letztere vom Poln. Landw. Syndikat ausgestellten Legitimationen. Die Einkäufer haben dieselben vor Beginn ihrer Tätigkeit demjenigen Kreiskommando zur Vidierung vorzulegen, für dessen Bereich die angestellt wurden.

### § 4.

Das betreffende Kreiskommando stellt über Anmelden der Einkäufer Transportlegitimationen zur Ueberfuhr per Fuhre aus. Der Bahntransport der durch die EVZ. Einkäufer aufgebrachten Produkte erfolgt auf Grund von nummerierten, von der EVZ. (Aufbringungsgruppe) ausgestellten Frachtbriefen. Bahntransporte der durch die Einkäufer des Landw. Syndikates aufgebrachten Sämereien erfolgen auf Grund der von dem betreffenden Kreiskommando vidierten Frachtbriefe, wobei zur Ausfuhr über die Grenzen des MGG. Bereiches die Beibringung eines Ausfuhrzertifikates der Waren-Verkehrs-Zentrale Lublin, erforderlich ist.

### § 5.

Die Aufbringung der Produkte durch die legitimierten Einkäufer der EVZ. erfolgt durch freihändigen Einkauf. Weigert sich jedoch der Produzent, selben abzugeben, werden die Kreiskommandos betectigt, die zwangsweise Abnahme dieser Produkte zu den in § 5 der WS. Vdg. 79651 bestimmten Uebernahmepreisen vorzunehmen.



Der Uebernahmspreis der Sämereien, deren Aufbringung durch das Landw. Syndikat erfolgt, richtet sich nach der jeweiligen Handelskonjunktur, der Verkaufspreis derselben durch das Landw. Syndikat muss derart festgesetzt werden, dass der Bruttogewinn durchschnittlich 15% des Einkaufspreises nicht übersteigt.

§ 6.

Die Regelung der Deckung des Saatgutbedarfes und die Verteilung des aufgebrauchten Saatgutes wird einer demnächst zu erlassenden Vdg. vorbehalten.

Alle anderen Bestimmungen der Vdg. WS. 77172 und 79651/17, insoferne dieselben in dieser Vdg. nicht ausdrücklich aufgehoben oder abgeändert wurden, bleiben in Kraft.

**Liposcak m. p.**  
G. d. Infanterie.

Lublin, am 5 März 1918.

M. A. Nr. 1019/Adj.

L. A. Nr. 502.

Bevorstehende Verordnung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

28.

**Kundmachung betreffend den Kartoffelverkehr.**

Auf Grund der Verordnung des k. u. k. Armee-Oberkommandos M. V. 305895/Pnv. 1918 treten folgende Bestimmungen in Kraft.

**I. Kartoffeln zu Konsumzwecken.**

1.) Der Kartoffelverkehr innerhalb des Kreises vom Produzenten aus ist bis auf weiteres verboten.

2.) Der Bezug der Kartoffeln aus einem anderen Kreise ist nur mit Bewilligung der k. u. k. Intendanz (E. V. Z.) gestattet.

**II. Kartoffeln zu Industierzwecken.**

Ergibt sich die Notwendigkeit, dass die Kartoffeln zu Industierzwecken verwendet werden sollen, so hat sich diesbezüglich die betreffende Partei an das Kreiskommando schriftlich zu wenden und dieses wird weitere Weisungen erteilen. Auch in diesem Falle ist der freie Bezug von Kartoffeln entschieden verboten.

**III. Ausfuhr von Kartoffeln aus dem M. G. G. Bereiche.**

Die für die Ausfuhr aus dem M. G. G. Bereiche bestimmten Kartoffelmengen werden von legitimierten Einkäufern der Intendanz (E. V. Z.) aufgekauft.

Jede Ausfuhr von anderen Seite ist unzulässig.

**IV. Preise.**

Für Approvisionierungs- und Komsumzwecke gilt der Preis von K. 20.-per 100 kg. ab Produktionsort. Bei Zufuhr auf Entfernungen von mehr als 7 Kilometer kommt hiezu für jeden diese Strecke übersteigenden Kilometer ein Zuschlag von 30 Heller per Meterzentner.

Für die Kartoffeln dagegen, welche für Konsumzwecke unbrauchbar und für Industierzwecke verwendbar sind, reduziert sich der Preis bis höchstens 18 Kronen pro 100 kg.

Für die Ausfuhr in die Monarchie ist der von den E. V. Z. Aufkäufern mit den Produzenten frei vereinbarte Preis gültig, der jedoch nicht weniger jedenfalls aber auch nicht mehr als K. 20.-per 100 kg. ab Produktionsort betragen darf.

Bei Übernahme werden unter Berücksichtigung des zulässigen Erdezusatzes 103 kg. für 100 kg. gerechnet.

**V. Strafbestimmungen.**

Übertretungen dieser Verordnung werden vom Kreiskommando laut § 10 der Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 11. Juni 1916 Nr. 611 bzw. bezüglich Ausfuhrverbotes, nach § 7 der Vdg. 47 vom 15 Dezember 1915 geahndet.

**VI. Enteignung.**

Ergibt sich die Notwendigkeit, dass für die k. u. k. Militärverwaltung ein gewisses Quantum von Kartoffeln aufgebracht werden muss und dieses Quantum die Produzenten nicht freigeben werden, wird diese Aufbringung zwangsweise durch die Enteignung erfolgen, diese wird von den Organen des k. u. k. Kreiskommandos durchgeführt, der Preis aber in diesem Falle wird bis zu den Betrage von 16 K. per 1 Meterzentner reduziert werden.

**VII. Schlussbestimmungen.**

Diese Verordnung tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Kraft.



## 29.

### Verordnung vom 8. Februar 1918. betreffend die Einschränkung des Fleischgebrauches.

Auf Grund der Verordnungen vom 4. Juli 1917. Nr. 61 V. Bl. und vom 8. September 1916, Nr. 68 V. Bl. wird verfügt:

## § 1.

Der Verkauf, die Zubereitung und der Genuss von rohem und zubereitetem (gekochtem, gebratenem, gepökelt, geselchtem) Fleisch von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen, Ziegen, Gänsen, Enten und Hühnern ist im Bereiche des Militärgeneralgouvernements am Mittwoch und Freitag jeder Woche verboten.

Dieser Verbot erstreckt sich auch auf den privaten Haushalt.

## § 2.

Die Zubereitung von Fleischspeisen durch die jüdische Bevölkerung am Freitage zwecks Genusses am nächstfolgenden Samstage ist gestattet.

## § 3.

Die Schlachtung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen und Ziegen ist nur in den vom Kreiskommando bestimmten Schlachthäusern in einer der Einwohnerzahl entsprechenden und vom Kreiskommando unter Berücksichtigung des Viehstandes festzusetzenden Zahl, getrennt von den für militärische Zwecke stattfindenden Schlachtungen, zulässig.

## § 4.

Die Kreiskommandos sind ermächtigt, in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen, insbesondere für Heilanstalten, Ausnahmen von den Bestimmungen des § 1 dieser Verordnung zu bewilligen.

## § 5.

Die Uebertretung dieser Vorschriften wird vom Kreiskommando gemäss § 9 der Verordnung vom 4. Juli 1917 Nr. 61 V. Bl. bestraft.

## § 6.

Das Kreiskommando ist verpflichtet, die Durchführung dieser Verordnung durch Visitierungen, auch in privaten Haushaltungen, zu überwachen.

## § 7.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft. Gleichzeitig werden die noch in Kraft stehenden §§ 2, 4 u. 6 der Verordnung des Militärgeneralgouverneurs vom 13. Oktober 1916, Nr. 79 V. Bl. betreffend die Einschränkung des Fleischverbrauches ausser Kraft gesetzt.

## 30.

### Verordnung vom 25. Februar 1918, betreffend die Regelung des Verbrauches von Kohle, Koks und Briketts.

Auf Grund des § 7 der Verordnung vom 4. Juli 1917 Nr. 61 V. Bl., wird für die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens verordnet wie folgt:

Bezug von Kohle, Koks und Briketts.

## § 1.

Kohle, Koks und Briketts dürfen in bestimmten Gemeinden nur gegen besondere Ausweise Kohlenkarten oder Kohlenbezugscheine abgegeben oder bezogen werden.

Die Gemeinden, in denen diese Vorschrift Anwendung findet, werden in jedem Kreise durch Kundmachung des Kreiskommandanten bezeichnet.

## § 2.

Ein Anspruch auf den Bezug einer bestimmten Menge, Gattung oder Sorte von Kohlen gegen den besonderen Ausweis (§ 1) besteht nicht. Die entgeltliche Abgabe der nach § 1 bezogenen Kohle, Koks oder Briketts an dritte Personen ist verboten.

Die Kohlenkarten und Bezugsscheine werden ämtlich aufgelegt, sind daher öffentliche Urkunden, ihre Uebertragung auf dritte Personen ist verboten.

Ein Ersatz für verlorene oder vernichtete Ausweise findet in der Regel nicht statt.







## § 6.

Für jeden Haushalt (§ 4) in dessen Küche die Mahlzeiten regelmässig zubereitet werden und dessen Küche einen für Kohlen oder Brikettsfeuerung eingerichteten Herd hat, wird eine Kohlenkarte für Küchenbrand ausgegeben.

## § 7.

Die Kohlenkarten für Zimmerbrand werden für jeden Haushalt (§ 4) in folgenden Ausmasse ausgegeben:

- 1) für einen oder zwei Wohnräume ein Zimmerbrand,
- 2) für drei oder mehrere Wohnräume:
  - a) ein Zimmerbrand, wenn zum Haushalte nicht mehr als 2 Personen gehören,
  - b) zwei Zimmerbrände, wenn zum Haushalte mehr als 2 Personen gehören.

Wenn zum Haushalte ohne Einrechnung der Dienstboten mehr als sechs Personen gehören, so kann das Kreiskommando die Ausgabe von Kohlenkarten für eine grössere Zahl von Zimmerbränden in einem auf den unumgänglich notwendigen Bedarf beschränkten Ausmasse zulassen.

Wenn ein Wohnraum gleichzeitig als Küche dient, wird an Stelle der Karte für einen Zimmerbrand eine Karte für einen Küchenbrand ausgegeben.

Bestimmungen für gewisse Berufe und Ausnahmefälle.

## § 8.

1. Aerzte, Notare, Anwälte und Inhaber gewisser im öffentlichen Interesse betriebenen Berufe können, falls für die Ausübung ihrer Tätigkeit, neben den Wohnräumen noch besondere Räume verwendet werden müssen, eine der Benützungszeit entsprechende Ergänzung des Zimmerbrandes erhalten. Bei ganztägiger Verwendung von einem oder zwei heizbaren Zimmern kann noch ein Zimmerbrand gegeben werden. Werden jedoch diese Berufe in von der Wohnung des Berufsinhabers örtlich getrennten Wohnungen betrieben, so erfolgt die Zuweisung von Zimmerbränden wie folgt:

- a) bei Verwendung eines einzigen Raumes ein Zimmerbrand,
- b) für mehrere heizbare Räume zwei Zimmerbrände.

2. Für Heimarbeiter, die sich als solche legitimieren, ferner für mit der Wohnung verbundene kleinere Geschäftslokale, deren Beheizung unbedingt nötig ist, wird dem nach § 7 auf die Wohnung entfallenden Zimmerbrande noch ein zweiter Zimmerbrand zugegeben.

3. in besonderen Ausnahmefällen (Krankheit, Wochenbett) kann das Kreiskommando vorübergehend noch einem Zimmerbrand bewilligen. Diese Bewilligungen dürfen jedoch nur auf eine dem Anlasse entsprechend beschränkte Zahl von Wochen lauten.

## Kohlenbezugscheine.

## § 9.

Bezugscheine können ausgestellt werden:

1. für Gebäude, die Verwaltungszwecken der gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaften dienen, sowie für Klöster;
2. für die Gebäude der Kreise, Gemeinden oder sonstigen öffentlichen Körperschaften;
3. für Unterrichts- und Erziehungsanstalten, Kranken- oder sonstige Fürsorgeanstalten, die nicht von der okkupierenden Macht oder dem polnischen Staate verwaltet werden;
4. für Approvisionierungsbetriebe (Küchenbetriebe der Gast- und Schankgewerben, Kriegs- und Gemeinschaftsküchen jeder Art, Mühlen, Bäckereien, Fleischereien, Selchereien, Molkereien und dergleichen) und für Bade- und Waschanstalten;
5. andere Betriebe und Unternehmungen wie Kanzleien, Krankenkassenanstalten u. s. w.
6. Zentralheizanlagen in Privatgebäuden.

Abgabe von Kohle, Koks und Briketts.

## § 10.

Kohle, Koks und Briketts dürfen nur abgegeben werden:

- a) von den hiezu nach den Gewerbe-gesetzen befugten Handels- und Gewerbetreibenden;
- b) von Lebensmittel- und anderen Verbänden, Kosumvereinen und gleichartigen Körperschaften nach Massgabe ihrer Satzungen;
- c) von den Verkaufsstellen der Gemeinden.

Personen, die erst nach Eintritt der Wirksamkeit dieser Verordnung die Berechtigung zum Handel mit Kohlen, Koks und Briketts erlangen, bedürfen zur Ausübung des Kleinverschleisses mit diesen







## Aufsicht.

## § 13.

Das Kreiskommando überwacht die Einhaltung dieser Verordnung und der auf Grund derselben erlassenen Vorschriften durch Aufsichtsorgane.

Die Aufsichtsorgane sind befugt:

a) in Betriebs- und Vorratsräumen, dann in Wohnungen an allen dazu gehörigen Nebenräumen, in Kellern und dergleichen Besichtigungen vorzunehmen,

b) geschäftliche Aufzeichnungen, betreffend den Kohlen-, Koks- und Brikettshandel, sowie die Vormerkbücher einzusehen,

c) Auskünfte über Vorräte, bezahlte, geforderte und angebotene Preise und über alle für die Preisbestimmung der Kohlen, Koks und Briketts wichtigen Umstände zu verlangen.

Die Aufsichtsorgane müssen mit einem schriftlichen, behördlichen Auftrage legitimiert sein und dürfen private Wohnungen und deren Nebenräume nur betreten, wenn in diesem Auftrage eine Ermächtigung hiezu ausdrücklich erteilt ist.

Das Kreiskommando kann zur Ueberwachung und Entsendung von Aufsichtsorganen auch die Gemeinde, den Approvisionierungsausschuss oder das Hilfskomitee ermächtigen.

## Straf- und Schlussbestimmungen.

## § 14.

Uebetretungen dieser Verordnung oder einer auf Grund derselben entlassenen Vorschrift werden gemäss § 9 der Verordnung vom 4. Juli 1917 Nr. 61 V.-Bl. bestraft.

## § 15.

Von den Vorschriften dieser Verordnung ausgenommen ist die Abgabe und der Bezug von Kohle, Koks und Briketts:

1. für die Behörden, Aemter oder Anstalten der okkupierten Macht oder des polnischen Staates;

2. für die von der okkupierenden Macht oder dem polnischen Staate verwalteten Anstalten, insbesondere Kranken- und sonstige Fürsorgeanstalten, Unterrichts- und Erziehungsanstalten;

3. für die Eisenbahn und Dampfschiffahrtsunternehmungen und Fabriksbetriebe, denen die Kohle von der k. u. k. Militärverwaltung zugewiesen wird.

## § 16.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

## 31.

## Verordnung vom 25. Februar 1918.

## betreffend die Sparmassnahmen bei Beheizung und Beleuchtung.

Auf Grund des § 7 der Verordnung vom 4. Juli 1917, Nr. 61. V. Bl., wird für die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens verordnet, wie folgt:

## § 1.

## Beheizungsvorschriften.

Die Verwendung von Gas und Elektrizität zu Beheizungszwecken ist verboten. Lichtspielhäuser, Gesellschaftsträume in Gast- und Kaffeehäusern, insbesondere Klublokalitäten, Wirtschaften mit Variete-Konzessionen, Bars und ähnliche Vergnügungsstätten dürfen nicht beheizt werden.

Zentralheizanlagen dürfen nur mit Bewilligung des Kreiskommandos benützt werden.—Die Bewilligung wird nur erteilt, wenn die Räume, deren Beheizung überhaupt zulässig ist, nicht mit festen Brennstoffen in den vorhandenen Öfen beheizt werden können.

## § 2.

## Badevorschriften.

Oeffentliche Badeanstalten dürfen nur Sonntag vormittags, Donnerstag, Freitag und Samstag in Betrieb gehalten werden.

Auf das aus hygienischen Gründen notwendig Baden der Angestellten industrieller Betriebe und der Pflinglinge und Pflegepersonen von Kranken- und sonstigen Fürsorgeanstalten findet die Vorschrift des ersten Absatzes insoweit keine Anwendung als das Kreiskommando die Benützung der betreffenden Badeanlagen bewilligt.



§ 3.

**Beleuchtungsvorschriften.**

In Privathaushaltungen dürfen gleichzeitig höchstens drei Wohnräume und die Küche beleuchtet werden.

Die gleichzeitige Beleuchtung eines Raumes durch Gas und Elektrizität ist verboten.

Bei Gasbeleuchtung darf in jedem Raume nur eine Gasflamme von höchstens 125 Liter Stunden-Verbrauch brennen.

§ 4.

**Strafbestimmung.**

Uebertretungen dieser Verordnung oder einer auf Grund derselben erlassenen Vorschrift werden gemäss § 9, der Verordnung vom 4. Juli 1917, Nr. 61 V.—Bl. bestraft.

§ 5.

**Wirksamkeitsbeginn.**

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

32.

**Manipulation in den Finanzreferaten für direkte Besteuerung.**

Im Sinne der M. G. G. Verordnung F. A. Nr. 169.137/17 vom 2. März 1918—haben die Finanzreferate für direkte Besteuerung (als in Wierzbnik) ein eigenes Geschäftsprotokoll, Index, und Registratur—abgesondert von anderen Ressorts—zu führen.

Infolgedessen—sind alle Eingaben, Gesuche und dgl., welche die Angelegenheiten der direkten Besteuerung betreffen—im Einlaufsprotokoll des erwähnten Referates zu übergeben—und die, welche per Post abgesendet werden sind zu adressieren: K. u. k. Kreiskommando—Finanzreferat.

Nichteinhaltung der obigen Weisung wird eine Verzögerung in Erledigung der Eingabe nach sich ziehen müssen.

33.

**Vorlage der Rechnungsabschlüsse und Bilanzen pro Jahr 1917 durch die zur öffentl. Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen.**

Das Geschäftsjahr 1917 ist zu Ende und der grösste Teil, der zur öffentl. Rechnungslegung verpflichteter Unternehmungen hat die Generalversammlung, bei denen vorgelegte Rechnungsabschlüsse und Bilanzen bestätigt werden, abgehalten.

Infolgedessen wird h. ä. Anordnung vom 3. November 1917 E. Nr. 25043 in Erinnerung gebracht, sowie alle oberwähnten Unternehmungen im Sinne M. G. G. Befehles vom 30. Jänner 1918 F. A. Nr. 300.643/18 aufgefordert, spätestens einen Monat, nach der General-Versammlung dem Finanzreferate des Kreiskommandos den vollständigen Rechnungsabschluss und Bilanz für das verflossene Geschäftsjahr 1917 vorzulegen.

Der Rechnungsabschluss hat zu enthalten:

- 1) Ein Exemplar der geltenden Statuten mit Bestätigungsklausel,
- 2) Den Rechnungsabschluss über das Gegenstandsjahr bzw. Bilanz verfasst auf der vorgeschriebenen Drucksorte (Art. 471 G. St. Ges.),
- 3) Abschrift des Protokolls der General-Versammlung bei der Rechnungsabschluss und Bilanz bestätigt wurde,
- 4) Zusammenstellung bzw. Berechnung der von der Unternehmung entfallenden Steuer (§ 65 Instr. vom 5. November 1899),
- 5) Einen Ausweis über die für das betreffende Jahr gelösten Patente,
- 6) Einen Ausweis über die im Geschäftsjahre ausbezahlten Dienstbezüge enthaltend: a) Bezeichnung der Unternehmung, b) Namen, Vornamen und Dienstcharakter des Perzipienten, c) Jahresbetrag der stabilen Dienstbezüge in Rubeln, d) Den Gesamtbetrag aller sonstigen im Geschäftsjahre ausbezahlten Geldzuwendungen in Rubeln,
- 7) Einen Ausweis über die für das betreffende Jahr bereits gezahlte Ergänzungsgewerbesteuer (Rentensteuer) unter Anführung der Kassaverrechnungsdaten,
- 8) Den Rechnungsabschluss des vorangegangenen Geschäftsjahres.



Alle obangeführte Beilagen müssen unbedingt und in bezeichneter Ordnung vorgelegt werden, wobei bemerkt wird, dass Nichteinhaltung obiger Anordnung wird im Sinne Art. 533 Gew. St. Ges. mit einer Geldstrafe bis 300 Rubel geahndet.

Der auf Grund eigener Berechnung festgesetzte Steuerbetrag (vide Pt. 4) ist unverzüglich—**spätestens** aber gleichzeitig mit der Vorlage des erwähnten Rechnungsabschlusses an das Finanzreferat (§ 65 Instr. vom 5. November 1899) in der Kreiskassa zu entrichten.

Verspätete Steuerzahlungen werden eine Strafe 1% monatlich von der rückständigen Steuer (art. 522 Gew. Ges.) nach sich ziehen.

Die Einzahlungen dieser Steuer sind mittels vorgeschriebener Drucksorte, welche im Finanzreferat des Kreiskommandos unentgeltlich ausgefolgt werden vorzunehmen.

### 34.

#### Kundmachung

##### betreffend Knochen- und Abfallfett-Ausgrabungen.

Auf Grund der Verordnung des k. u. k. Militärgeneralgouvernements in Lublin vom 4. März 1918 R. S. Nr. 270591/18 wird folgendes angeordnet:

Behufs Fett- und Knochengewinnung für technische Zwecke werden im Kreise Wierzbni Ausgrabungen vorgenommen. Dieselben dürfen nur durch die von der Rohstoffzentrale des M. G. G. legitimierte Firma **S. D. Beerenzweig u. Chil Katz** und deren Vertreter durchgeführt werden.

Diese Firma ist somit berechtigt, im Kreise Wierzbni überall nach Schlachtungsabfällen zu graben. In Anbetracht der Wichtigkeit des Zweckes dieser Unternehmung ist Jedermann verpflichtet, der genannten Firma die weitgehendste Unterstützung zu gewähren.

Bei Grabungen auf Privatbesitz ist der eventuell entstandene Schaden, entweder nach privater Vereinbarung zwischen den Parteien oder nach Schätzung der Ortsvorstandes und des nächsten Feldgendarmariepostenkommandanten von der Vertragsfirma zu bezahlen.

Dieselbe ist auch verpflichtet, nach beendeter Arbeit die Ausgegrabenen Löcher auf das sorgfältigste zuzuschütten.

Die Ausgrabungen werden in der Nähe früherer österreichischer, deutscher und russischer Stellungen stattfinden.

Est ist, dem dringenden Bedarf an Fett und Knochen Rechnung tragend, jede unerlaubte Manipulation mit derlei Materialien dem Kreiskommando sofort anzuzeigen.

### 35.

#### Kriegskontribution.

Im Sinne der Militärgeneralgouvernement-Verordnung vom 11. März 1918 Gstb. Präs Nr. 3957 hat das Kreiskommando die Gemeinde **Styków** mit der Auferlegung einer binnen 4 Tage zu erlegenden Kriegskontribution im Betrage von 500 Kronen für die während des Getreideabschubes von Rzepin nach Wierzbni, von den Bewohnern der Ortschaften Starachowice Górne, Krzyżowa wola und Wanacya begangenen Ausschreitungen bestraft.

Sollte die Kontribution binnen der obangeführten Frist nicht erlegt werden, wird in der Gemeinde **Styków** eine Truppenabteilung einquartiert.

Die gänzliche Verpflegung dieser Abteilung wird auf die Kosten der Gemeinde **Styków** fallen.

Alle Gemeinden, welche den Anordnungen des Kreiskommandos nicht folgen werden oder in deren Bereiche die öffentliche Ruhe gestört werden wird, werden in gleicher Weise vom Kreiskommando bestraft werden.

### 36.

#### Kundmachung betreffend Umrechnungskurs des Romanowrubels.

In Abänderung der Verordnung I. Nr. 6641/18, wurde mit Verordnung des Militärgeneralgouvernements I Nr. 9409/18 der Kurs für Romanowrubel wie folgt festgesetzt:

1 fünfhundert Rubelschein = 1100 Kr., kleinere Noten

100 R. = 240 Kr.



Die militärischen Kassen nehmen an und zahlen auch den aus Russland Heimkehrenden für Romanowrubel für 1 fünfhundert Rubelschein 1075 K., für kleine Noten 2 Kr. 35 h. für 1 Rub.

Die aus Russland Heimkehrenden werden vor der Ausbeutung seitens der gewissenlosen Geldspekulanten gewarnt und sind im eigenen Interesse verpflichtet über jeden derartigen Fall den betreffenden Gendarmerieposten zu verständigen.

37.

Kundmachung betreffend Änderungen des Rubelkurses.

Laut Verordnung des Armeeoberkommandos A. O. K. Nr. 33915 vom 22. März 1918 wurde der Rubelkurs bis auf Weiteres mit 100 Rubeln gleich 230 K festgesetzt.

38.

Kundmachung über die festgesetzten RICHT- und HÖCHSTPREISE pro Monat April.

Die verlautbarten RICHTPREISE haben den Zweck den Verkäufern und Käufern eine allgemeine Richtschnur für die Angemessenheit der Preisbildung zu geben, von welcher Richtschnur Abweichungen zwar nicht unbedingt, jedoch in der Regel unzulässig sind. Der Verkäufer wird demnach die RICHTPREISE nicht ohne Gefahr einer Untersuchung wegen Preistreiberei überschreiten dürfen, es sei dann, dass er eine reele Grundlage für eine solche Preisüberschreitung nachzuweisen vermag.

HÖCHSTPREISE dagegen sind amtlich festgesetzte Preise, welche unter keinen Umständen überschritten werden dürfen und deren Überschreitungen ohne Rücksicht auf Einkaufskosten und Spesen an und für sich eine strafbare Handlung bildet.

W A R E	Vom Kreiskommando als angemessen erkannter höchster Preis (Richtpreis)						Anmerkung
	GROSSHANDEL			KLEINHANDEL			
	Gewichts- einheit	K	h	Gewichts- einheit	K	h	
Fleisch-, Selch-, Fett- und Wurstwaren:							
Rindfleisch mit Knochen	1 Pfund	2	00	1 Pfund	2	00	
Rindfleisch ohne Knochen	"	2	50	"	2	50	
Lungenbraten	"	3	—	"	3	—	
Schafffleisch	"	2	10	"	2	10	
Selchfleisch	"	4	—	"	4	—	
Schweinefleisch	"	3	—	"	3	—	
Schweinslungenbraten	"	4	—	"	4	—	
Roh Schinken ger. ohne Knoch.	"	4	50	"	4	50	
Gekochter	"	5	50	"	5	50	
Geräucherter Speck	1 Pfund	5	30	"	5	30	
Grünspeck	"	4	60	"	4	60	
Schmeer	"	4	60	"	4	60	
Schweineschmalz	"	5	40	"	5	40	
Gewöhnliche Wurst	"	4	—	"	4	—	
Krakauer	1 Pfund	4	50	"	4	50	
Presswurst	"	4	20	"	4	20	



W A R E	Vom Kreiskommando als angemessen erkannter höchster Preis (Richtpreis)						Anmerkung
	GROSSHANDEL			KLEINHANDEL			
	Gewichts- einheit	K	h	Gewichts- einheit	K	h	
<b>Geflügel, Fische:</b>							
Gänse lebend				1 Pfund	1	20	
" geschlachtet				"	2	50	
Enten lebend				"	1	50	
" geschlachtet				"	3	—	
Hühner lebend				"	1	50	
" geschlachtet				"	3	—	
Truthühner lebend				"	1	80	
" geschlachtet				"	2	—	
Karpfen ab Teich				"	2	50	
Hechte " "				"	2	80	
<b>Mehlprodukte, Brot:</b>							
Roggenschrotmehl.				1 Pfund	—	42	
Weizenmehl 96%				"	—	44	
Rollgerste gross				"	—	60	
Roggenbrot				"	—	42	
Kleie				"	—	24	
<b>Hülsenfrüchte:</b>							
Erbsen ganz				1 Pfund	1	50	
Fisolen				"	2	00	
<b>Milch, Molkerei-Produkte, Eier:</b>							
Vollmilch				1 Liter	—	60	
Magermilch				"	—	30	
Topfen				1 Pfund	1	—	
Tischbutter				"	5	—	
Kochbutter				"	4	—	
Eier beim Produzenten				1 Stück	—	24	
" " Kleinhändler				"	—	26	
<b>Spezereiwaren und Gewürze:</b>							
Kaffee gebrannt				1 Pfund	10	—	
Tee				"	11	20	
Cichorie				"	3	00	
Kakao				"	10	25	
Schokolade gew.				"	10	—	
Tischsalz				"	—	27	} Höchstpreis
Pfeffer				"	8	80	
Schwämme getrocknet				"	10	—	
Essig				1 Liter	2	—	
Zucker raffiniert				1 Pfund	1	72	
Zucker nicht raff.				"	1	80	
Honig				"	4	—	
<b>Gemüse:</b>							
Kartoffeln ab Verladestation				1 Pfund	—	12	
Gelbe Rüben.				"	—	20	
Rote Rüben				"	—	20	



W A R E	Vom Kreiskommando als angemessen erkannter höchster Preis (Richtpreis)						Anmerkung
	GROSSHANDEL			KLEINHANDEL			
	Gewichts- einheit	K	h	Gewichts- einheit	K	h	
Zwiebel . . . . .				1 Pfund	1	20	
Sauerkraut . . . . .				"	—	40	
Knoblauch . . . . .				"	2	—	
Petersilie . . . . .				"	—	15	
Friskkraut . . . . .				"	—	30	
Obst:							
Äpfel . . . . .	1 Pud	12	—	1 Pfund	—	40	
Pflaumen gedörrt . . . . .	"	80	—	"	2	20	
Powidl . . . . .	"	72	—	"	2	00	
Birnen . . . . .	"	13	—	"	—	44	
Getränke:							
Schankwein . . . . .				1 Liter	3	—	
" 1/4 Liter (1 Glas) . . . . .				"	—	70	
Dessertwein . . . . .				1 Liter	4	—	
Bier . . . . .				"	10	—	
Bier . . . . .				1/2 L. Fl.	1	80	
Branntwein 50% . . . . .				1 Liter	—	90	
Rum . . . . .				"	5	20	
				"	8	—	
Hornvieh:							
von 160-200 klg. . . . .	1 Pud	40	—				
" 200-300 " . . . . .	"	49	—				
" 300-350 " . . . . .	"	57	—				
" 350-500 " . . . . .	"	73	—				
" 500 " . . . . .	"	81	—				
Schweine:							
von 50- 75 klg. . . . .	Lebendgewicht	65	—				
" 75-100 " . . . . .		"	81	—			
" 100-160 " . . . . .		"	131	—			
" 160 " . . . . .		"	147	—			
Schafe . . . . .		"	24	—			
Futterartikel:							
Heu lose . . . . .	beim Produz.	1 Pud	2	—			
Heu gepresst . . . . .		"	2	35			
Kleeheu lose . . . . .		"	2	50			
Kleeheu gepresst . . . . .		"	2	85			
Stroh lose . . . . .		"	1	—			



W A R E	Vom Kreiskommando als angemessen erkannter höchster Preis (Richtpreis)						Anmerkung
	GROSSHANDEL			KLEINHANDEL			
	Gewichts- einheit	K	h	Gewichts- einheit	K	h	
Beheizungs-Beleuchtungs- u. Reinigungsmaterial:							
1) Trockenes Brennholz:							
Scheitholz . . . . .				1 Pud	1	20	
Prügelholz (7—14 cm. St.) . . . . .				"	1	—	
Ast u. Abfallholz (3—7 cm. St.) . . . . .				"	—	80	
Sägeabfälle . . . . .				"	—	60	
2. Frisches Brennholz:							
Scheitholz . . . . .				1 Pud	1	—	
Prügelholz . . . . .				"		75	
Ast u. Abfallholz . . . . .				"		60	
Als frisches Holz ist jenes Holz anzusehen, dessen Gewicht 26 Pud für 1 Rm übersteigt							
Kohle grobe . . . . .				1 Pud	2	—	
Nusskohle . . . . .	1 Pud	13	—	"	1	20	
Petroleum . . . . .				1 Pfund	—	40	
Zündhölzchen . . . . .				1 Sch.	—	12	
Kernseife . . . . .				1 Pfund	8	80	
Kriegsseife . . . . .				"	2	—	
Kristalsoda . . . . .				"	—	40	
Sohlenleder . . . . .				"	30	—	

Die Zahlungsmittel der Kronenwährung müssen bei allen Zahlungen zum vollen Nennwerte  
angenommen werden.

**Es ist daher unter Geldstrafe bis zu 5000 K. oder Arrest bis zu 6 Monaten verboten, die Bezahlung  
der Waren ausdrücklich in russ. Gelde zu verlangen.**

**Kurs: 1 R. = 2 K. 40 h.**

**ZUR BEACHTUNG!** Wer für Gegenstände des allgemeinen Bedarfes ungerechtfertigt hohe Preise verlangt, Vorräte verheimlicht, verbirgt oder verleugnet oder Handlungen irgendwelcher Art begeht, die eine Erhöhung der Preise für Gegenstände des allgemeinen Bedarfes zur Folge haben sollen, macht sich des Vergehens der Preistreiberei schuldig und wird im Sinne der Verordnung der k. u. k. Militärverwaltung in Polen vom 21. Februar 1917. (Verordnungsblatt N<sup>o</sup> 29) vom Militärgerichte mit Geldstrafen bis zu 2000 Kr. oder Arrest bis zu 6 Monaten bestraft, wobei neben der Freiheitsstrafe auch Geldstrafe bis zu 2000 Kr. verhängt sowie Gewerbeverlust und Konfiskation der Warenvorräte ausgesprochen werden kann.

Unter gewissen erschwerenden Umständen bildet die strafbare Handlung ein Verbrechen und wird mit Kerker bis zu 2 Jahren bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe bis zu 20.000 K verhängt werden.

**Jedes rechtskräftige Urteil wird im Amtsblatte des Kreiskommandos verlautbart.**



39.

**Kundmachung betreffend Lokalgrenzverkehr.**

Folgende Verordnung ad Zl. 2631/II b. k. k. galizischen Staathalterei wird verlautbart.

**VERORDNUNG.****Abschrift.**

Des k. k. Staathalters für Galizien vom 12. Jänner 1918 Zl. II b. 2631 in der Angelegenheit des Lokalgrenzverkehrs zwischen Galizien und Königreich Polen sowie zwischen Galizien und dem okupierten Gebiete Wołyń in Russland.

Auf Grund der § 1 und 5 der Verordnung des Gesamtministeriums vom 15. Jänner 1915 RGBl. Nr. 11 und § 4 der Verordnung des Gesamtministeriums vom 17. August 1915 RGBl. Nr. 241 ordne ich im Einvernehmen mit k. u. k. AOK. folgendes an:

**§ 1.**

Ausser der im Beiblatt B. § 4 der Verordnung vom 12. April 1917 Zl. 6534/Pr. Landesgesetz Nr. 38 aufgezählten Grenzübergangspunkte im lokalen Grenzverkehr zwischen Galizien und Königreich Polen wird der neue Grenzübergangspunkt für diesen Verkehr Baranów-Długołaka über Weichsel im Bezirke Tarnobrzeg zugelassen.

**§ 2.**

Die Anordnungen der Verordnung vom 12. April 1917 Zl. 6534/Pr. Landesges. Bl. Nr. 38 werden auf den Lokalgrenzverkehr zwischen Galizien und dem okupierten Gebiet Wołyń in Russland erweitert und als Grenzübergangspunkte für diesen Verkehr bestimme ich im Bezirke Sokal:

- 1) Horodłowie-Zdzary-Strasse
- 2) Sokal-Iwanicze-Bahnstation
- 3) Sokomorochy-Poryck-Strasse
- 4) Tartarów-Małów-Strasse

mit dem Vorbehalt, dass bei Reisen zwischen der Österreichisch-ungarischen Monarchie und Wołyń, welche den Lokalgrenzverkehr überschreiten (§ 1 der Verordnung vom 12. April 1917 Lgbl. Nr. 3)

die Grenze nur in den sub 1 und 3 erwähnten Grenzübergangspunkten überschritten werden darf.

**§ 3.**

Die im § 2 der Verordnung vom 12. April 1917 LGesbl. Nr. 38 vorgeschriebene für Grenzlegitimation amtlich beglaubigte Photographie des Eigentümers kann für Lokalverkehr bis 1. April 1917 mit Abdruck seines rechten Zeigefingers in der Legitimation versehen werden.

**§ 4.**

Die Einwohner der Grenzgemeinden, welche auf Grund der Grenzlegitimation die Reichsgrenze in dem östlich von Bug gelegenen Teile des politischen Bezirkes Sokal überschreiten, sind von der in Verordnung des Gesamtministeriums vom 17. August 1915 RGBl. 241 vorgeschriebene Ausweisleistung mit speziellen militärischen Bewilligung der zur Überschreitung (verlassen) des engeren Kriegesgebietes in Wołyń enthoben.

**§ 5.**

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verlautbarung in Kraft.

K. k. Staathalter: HUYN m. p.

**40.****Kundmachung betreffend Auflösung geheimer Gesellschaften, Vereine und Organisationen.**

Auf Verordnung des k. u. k. Militärgeneralgouvernements in Polen NA. Präs Nr. 4796 von 1918 wird allgemein kundgemacht:

Alle bestehenden, von den k. u. k. Behörden nicht legalisierten Gesellschaften (Vereine, Organisationen) werden als nicht zu Recht bestehend erklärt und haben sofort ihre Tätigkeit einzustellen.

Die Teilnahme an derartigen Vereinen, die Aufforderung und Anwerbung zu einem solchem Verein, sowie die Fortsetzung der Wirksamkeit der nicht legalisierten oder bereits behördlich aufgelösten Gesellschaften (Vereine, Organisationen) wird nach den §§ 552 und 553 des Mil. Strafgesetzes verfolgt.



Es wird daher Jederman von der weiteren Beteiligung an solchen Organisationen und an den von ihnen ausgehenden Veranstaltungen gewarnt. Die Untersuchung und Bestrafung dieser straf-

baren Handlungen ist nach § 8, Pkt. 3 der Vdg. betreffend das Justizwesen vom 25. August 1917 Nr. 71 VBl. den k. u. k. Militärgerichten vorbehalten.

Der k. u. k. Kreiskommandant

WENDERLING m. p.

Oberstleutnant.

Die Einwohner der Grenzgemeinden, welche auf Grund der Grenzlegitimation die Reichsgrenze in dem östlich von Bug gelegenen Teile des polnischen Bezirks Sokal überschreiten, sind von der in Verordnung des Gesamtministeriums vom 17. August 1915 RGBl. 241 vorgeschriebenen Ausweisung mit spezieller militärischer Bewilligung der zur Überschreitung (verlassen) des engeren Kriegesgebietes in Wolya entzogen.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

K. k. Statthalter: HUYN m. p.

Kundmachung betreffend Auflösung geheimer Gesellschaften, Vereine und Organisationen.

Auf Verordnung des k. u. k. Militärgeneralgouvernements in Polen Nr. 4796 vom 1918 wird allgemein kundgemacht:

Alle bestehenden von den k. u. k. Behörden nicht legalisierten Gesellschaften (Vereine, Organisationen) werden als nicht zu Recht bestehend erklärt und haben sofort ihre Tätigkeit einzustellen. Die Teilnahme an derartigen Vereinen, die Auflösung und Ausrückung zu einem solchen Verein sowie die Fortsetzung der Wirksamkeit der nicht legalisierten oder bereits behördlich aufgelösten Gesellschaften (Vereine, Organisationen) wird nach den §§ 552 und 553 des M. l. Statgesetzes verurteilt.

Druk ST. SWIĘCKI, KIELCE.

Folgende Verordnung ab 21. 2033 III d. K. k. Gall-

Des k. k. Statthalters für Galizien vom 12. Jänner 1918 XI. II d. 2031 in der Angelegenheit des Lokalgrenzverkehrs zwischen Galizien und dem reich Polen sowie zwischen Galizien und dem okkupierten Gebiete Wolya in Russland.

Auf Grund der § 1 und 5 der Verordnung des Gesamtministeriums vom 15. Jänner 1915 RGBl. Nr. 11 und § 4 der Verordnung des Gesamtministeriums vom 17. August 1915 RGBl. Nr. 241 ordne ich im Einvernehmen mit k. u. k. AOK. folgen-

Außer der im Beiblatt B. § 4 der Verordnung vom 12. April 1917 XI. 6534 P. l. Landesgesetz Nr. 38 aufgeführten Grenzübergangspunkte im lokalen Grenzverkehr zwischen Galizien und Königlich Polen wird der neue Grenzübergangspunkt für den Verkehr Baranów-Dubajka über Weichsel im Bezirke Tarnobrzeg zugelassen.

Die Anordnungen der Verordnung vom 12. April 1917 XI. 6534 P. l. Landesgesetz Nr. 38 werden auf den Lokalgrenzverkehr zwischen Galizien und dem okkupierten Gebiete Wolya in Russland erweitert und als Grenzübergangspunkte für diesen Verkehr bestimme ich im Bezirke Sokal:

- 1) Horodowice-Złoty-Stasse
- 2) Sokal-Iwanicz-Bahnstation
- 3) Sokomotoch-Poryck-Stasse
- 4) Tarnarów-Malów-Stasse

mit dem Vorbehalt, dass bei Reisen zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Wolya, welche den Lokalgrenzverkehr überschreiten (§ 1 der Verordnung vom 12. April 1917 L. d. Nr. 3)